

Anlage 6 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 02.02.2006

FDP-Fraktion im Kreistag Borken

Fraktionsvorsitzender Martin Schmitz

Haushaltsrede 2006

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Sehr geehrter Herr Landrat Wiesmann,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Haßenkamp,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

mit dem Kreishaushalt 2006 liegt vor uns heute der erste Haushalt einer neuen Zeitrechnung vor. Das neue kommunale Finanzmanagement (NKF) löst die alte preußische kommunale Haushaltsführung ab und setzt erstmals auf kaufmännische Buchführung. So viel schon vorab : Die FDP verspricht sich von diesem neuen System sehr viel : Mehr Transparenz für Bürger und Politik, mehr wirtschaftliches Denken in den Kreisen und Kommunen, mehr langfristige Finanzplanung.

Inhaltlich werden aber leider auch durch das neue Finanzmanagement die Zahlen nicht besser. Ich befürchte auch für den Rest dieser Kreistagsperiode : Wir werden den Gürtel weiter enger schnallen müssen !

Ich habe es an dieser Stelle schon mehrmals gesagt : Es ist nicht erst in jüngster Vergangenheit immer mehr in Mode gekommen, dass der Bund und das Land NRW Einsparungen am liebsten auf Kosten der Städte, Gemeinden und Kreise vornehmen. Hartz IV und die damit verbundenen Finanzierungen waren ursprünglich als große finanzielle Entlastung der Kommunen angekündigt worden. Erste Befürchtungen der Experten , die ich an dieser Stelle im letzten Jahr angeführt habe, haben sich leider bestätigt. Hartz IV ist für die Kreise und Kommunen bisher sowohl inhaltlich als auch finanziell alles andere als ein Erfolg. Und es kommt noch dicker : Medienberichten von gestern zufolge rollt die erste Klagewelle an den Sozialgerichten. Die Kämmerer vor Ort werden sich dick einpacken müssen.

Meine Damen und Herren,

insgesamt war in den letzten Jahren zu beobachten, dass wir als Kreis Borken gegenüber den Städten und Gemeinden im Kreis noch sehr gut dastehen. Zwar gibt es positive Beispiele wie die schuldenfreie Gemeinde Raesfeld oder die nahezu schuldenfreie Gemeinde Velen.

Letztendlich sollte aber der Großteil unserer 17 Städte und Gemeinden, die sich entweder im Haushaltssicherungskonzept oder unmittelbar davor befinden, für uns der Maßstab sein. An diesen Finanznöten haben wir als FDP uns in der Haushaltsfrage in den letzten Jahren orientiert. Wir begrüßen daher die Vorschläge der Verwaltung zur Kreisumlage. Auch die neue Haushaltsführung im Rahmen des NKF wird den Kreishaushalt für die Kämmerer der Gemeinden transparenter machen. Eines sei aber auch an dieser Stelle ganz deutlich gesagt : Wir als FDP wehren uns dagegen, bereits jetzt mit einem Auge auf den Einsatz der Ausgleichsrücklage für konsumtive Zwecke zu schielen, wie es die Kämmerer der Gemeinden unserer Meinung nach tun. Hier gehört gleich von Anfang an ein Riegel vorgeschoben. Vielmehr sollte man die Vorteile des NKF nutzen und nicht gleich nach neuen Schuldenmachmöglichkeiten suchen.

Meine Damen und Herren,

das NKF wird es uns möglich machen, in den nächsten Jahren kaufmännischer zu wirtschaften. Erstmals wird es uns transparent machen, was wir an Vermögensverbrauch bei unseren Straßen, Gebäuden und sonstigen Investitionsgütern zu verzeichnen haben. Wir als FDP fordern bereits jetzt in diesem Zusammenhang, dann aber in Zukunft auch so konsequent zu sein, die wirtschaftlichen Schlussfolgerungen aus dieser Transparenz zu ziehen. Nämlich konsequente Investitionen in unser Vermögen, um dessen schleichenden Verzehr nicht unaufhaltsam voranschreiten zu lassen. Denn : Nur die Einführung eines kaufmännischen Buchungssystems alleine macht die Kreise nicht zu wirtschaftlich denkenden Einheiten. Erst, wenn man die Schlussfolgerungen aus dem neuen System auch konsequent umsetzt, macht sich das neue System bezahlt. Viele Verteilungspolitiker im Land, auch hier im Hause, werden in diesen Zusammenhängen noch deutlich umdenken müssen !

Meine Damen und Herren,

für wirtschaftlicheres Denken hat sich die FDP in diesem Hause bereits in den letzten fünf Jahren immer wieder stark gemacht. Wir forderten eine Wirtschaftlichkeits- und Beteiligungsuntersuchung für die Kreisverwaltung. Unserer Meinung nach hat der Bürger nämlich einen Anspruch darauf, dass wir mit seinem Geld wirtschaftlich und sparsam umgehen. Wenn wir nämlich das Geld der öffentlichen Haushalte schon nicht direkt beim Bürger belassen, was sicherlich das Konsequenteste wäre, so sollte man es doch zumindest maximalst möglich zusammenhalten und wirtschaftlich damit umgehen.

Das gilt, wie jedes Jahr, auch für die Kreisumlage ! Schließlich sollten wir uns , **liebe Kolleginnen und Kollegen**, alle in diesem Hause darüber bewusst sein, dass die Hauptaufgaben der Gemeinden, die vorrangig erst mal zu finanzieren sind, wenn sie denn nicht mehr bezahlt werden können, sich auch unmittelbar beim Bürger auswirken. Kaputte Straßen, geschlossene Freibäder und Büchereien, verwaiste Einkaufsstraßen und ungepflegte Grünanlagen sind nicht nur für Wenige unter uns ein Ärgernis, sondern bringen die Bürger vor Ort auf die Barrikaden. Man kann in diesem Zusammenhang sicherlich in vielen Bereichen auf Privatengagement und Bürgerschaftliches Engagement setzen. Dieses sollte aber immer nur ergänzend eingesetzt werden und nicht etwa als Ausfallbürge für die Unzulänglichkeit der öffentlichen Haushalte erhalten müssen. Das NKF bietet also Chancen, wirtschaftlich zu denken, zu handeln und zu planen. Dass wir es eingeführt haben, und das sogar wesentlich früher als wir gemusst hätten, begrüßt die FDP ausdrücklich. Jetzt heißt es, die Transparenz des Haushaltes weiter zu steigern und die Möglichkeiten des neuen Systems konsequent umzusetzen.

Meine Damen und Herren,

viele Einsparungen in den Kreishaushalten der letzten Jahre haben dazu geführt, dass wir uns von lieb gewonnenen Errungenschaften trennen mussten oder wichtige soziale Aufgaben nicht mehr unterstützen konnten. Auch das NKF hat keine neuen, versteckten Gelder zu Tage gefördert. Wenn man also nicht, wie die CDU es im letzten Jahr getan hat, einfach mal eine Million gegen den Rat der Kreisverwaltung im Sozialbudget streichen will, die man dann nachher plötzlich doch braucht, finden sich keine Gelder mehr zum Verteilen. Es geht also nicht mehr um Wohltaten nach dem Motto : Jedes Kreistagsmitglied darf jetzt mal 5000 € verteilen. Es geht ums Ganze! Und nur der Blick auf den Gesamthaushalt ist noch entscheidend ! Ich werde deshalb heute, **meine Damen und Herren**, an dieser Stelle auch wesentlich weniger als in den letzten Jahren auf die Einzelbudgets eingehen.

Viele der Ideen, die z.B. der Kollege Tönnies für den Jugendbereich fordert, hören sich zwar auf den ersten Blick sehr nett an. Aber unserer Meinung nach gehören diese Dinge in den täglichen Aufgabenkatalog der Kreisverwaltung oder aber zumindest in die Beratungen während des Jahres in den Fachausschüssen. Zwar mag es nett sein, wenn Herr Tönnies demnächst in diesem Hause das Real-Care-Kind schön schaukeln kann, aber, **meine Damen und Herren**, wir haben **leider** dringendere Probleme. Ein paar von Ihren Anträgen wirken, lassen Sie mich das bitte an dieser Stelle auch sagen, ein bisschen wie

Standardanträge der KPV, die die CDU jetzt vielleicht landauf landab überall stellt.

Meine Damen und Herren,

bei den wirtschaftlichen Investitionen des Kreises haben wir uns in diesem Hause in den letzten Jahren immer wieder über den Flughafen Stadtlohn-Wenningfeld gestritten. FDP und CDU haben den Ausbau des Flughafens immer befürwortet, SPD, Grüne und UWG ihn immer abgelehnt. Ich will die Argumente hier nicht neu aufzählen. Fakt ist aber, dass wir als Kreis nunmehr Geld in die Hand nehmen, um die Investition in eine Verlängerung der Startbahn zu tätigen. Aus Düsseldorf ist in diesem Zusammenhang Geld zugesagt, um den Ausbau zu unterstützen. Geld, welches mittelständischen Unternehmern bei Aufträgen für die hiesigen Bauunternehmen zugute kommt. Hierdurch werden neben den direkt mit dem Flugplatz verbundenen Arbeitsplätzen zusätzliche Arbeitsplätze gesichert. Wir sind im letzten Jahr beim Flughafenausbau ein ganzes Stück weiter gekommen. Jetzt geht es bald richtig los ! Nur die Grünen dürfen leider, selbst auferlegt, nur alle fünf Jahre noch ein Flugzeug besteigen, um von Stadtlohn in alle Gegenden Europas zu fliegen. Nein, mal im Ernst. Es ging nie um Standortausbau, es ging um Standortsicherung ! Um Wertesicherung ! Nur der jetzige Ausbau macht den Flugplatz zukunftsfähig und ein kommendes interkommunales Gewerbegebiet interessant.

Meine Damen und Herren,

Die FDP Kreistagsvertretung spricht sich zunächst für eine weiter linear auf niedrigem Niveau liegende Kreisumlage aus. Wir sind der Anwalt der Städte und Gemeinden in diesem Hause und werden auch weiterhin dafür eintreten, die Kommunen des Kreises so wenig wie möglich zu belasten. Weil der Kreis aber die Möglichkeit hat, seine Finanzierung über die Kreisumlage sicherzustellen und so auch wesentlich weniger der Gefahr der Haushaltssicherung ausgesetzt ist als die Gemeinden, ist ein direkter Griff des Kreises in den Geldbeutel des Bürgers inkonsequent und mit dem System der Kreisumlage nur schwer zu vereinbaren.

Um die kommunalen Haushalte aber auf Dauer handlungsfähig zu halten, dürfen wir die Augen vor den heutigen Bürgschaften für die Zukunft nicht verschließen. Der Kreis und alle öffentlichen Haushalte in Deutschland werden mittelfristig erdrückende Belastungen durch Pensionsverpflichtungen zu tragen haben. Dass der Kreis mit dem diesjährigen Haushalt erstmals bezüglich dieser Verpflichtungen aktiv Verantwortung übernimmt, begrüßen wir ausdrücklich. Wir sollten aber

noch einen Schritt weitergehen, **meine Damen und Herren** ! Wir als FDP fordern daher die Einrichtung eines nicht-rückholbaren Pensionsfonds zugunsten der Bediensteten der Kreisverwaltung. Nur so können wir zum heutigen Zeitpunkt bereits gewährleisten, dass wir auch in Zukunft noch eine freie Spitze zur Förderung wichtiger, aber freiwilliger Leistungen zur Verfügung stehen haben.

Für diese wichtige Aufgabe können wir uns auch vorstellen, unsere RWE-Aktien zu verkaufen. Selbstverständlich sollte dies im Falle eines günstigen Kursstands der Fall sein. Selbstverständlich kann man über Sinn und Unsinn eines solchen Verkaufs streiten. Das haben wir, **meine Damen und Herren**, an dieser Stelle in den letzten Jahren immer wieder getan. Eines der Argumente der Verkaufsgegner, die so eklatant wichtige Daseinsicherung, hat sich aber leider im letzten Jahr auf geradezu grausige Weise ad absurdum geführt. Nichts hat es uns beim großen Stromausfall geholfen, dass der Kreis Borken Anteilseigner der RWE ist. Nichts hat es uns geholfen, dass Landrat Wiesmann Mitglied der Gesellschafterversammlung der RWE ist. Und, **meine Damen und Herren**, wenn ich das Schreiben der RWE als Antwort auf die unterstützenswerte Anfrage der Grünen lese, werde ich noch zorniger. Diesen Damen und Herren dort scheint das Ganze ein schlichter Verwaltungsvorgang zu sein. Kein Wort der Entschuldigung für das Leid unzähliger Menschen in unserem Kreis. Kein Wort des Bedauerns ! Vielmehr zum wiederholten Male die Zurückweisung jeder Schuld ! Vielmehr der Hinweis, wie fortschrittlich doch die RWE sei. **Meine Damen und Herren**, ich meine, auch wir sollten fortschrittlicher werden. Wir sollten uns schnellstmöglich aus diesem Unternehmen verabschieden ! Das wäre ein Fortschritt !

Meine Damen und Herren,

so schlecht, wie die kommunalen Haushalte auch aussehen mögen. Einsparungen alleine sind nicht das Allheilmittel. Wir fordern deshalb weiterhin, dass der Kreis endlich mit Hilfe externen Sachverständigen Einspar- und Privatisierungspotentiale prüft.

Unabhängig von einer möglicherweise zu Gunsten eines Pensionsfonds zielgerichteten Veräußerung von Kreisvermögen fordern wir für alle Bereiche des Kreishaushaltes eine private und unabhängige Unternehmensberatungsgesellschaft zu beauftragen, die Einspar- und Privatisierungspotentiale prüft und konkrete Vorschläge erarbeitet. Dass hierbei natürlich auch das Vermögen des Kreises und die Beteiligungen auf dem Prüfstand stehen sollten, versteht sich von selbst. Dass aber auch die Aufgaben des Kreises hinsichtlich ihrer Verpflichtung und der möglichen Verlagerung auf Private geprüft werden sollten, gehört für uns

im Rahmen der momentanen Haushaltslage ebenfalls zum Selbstverständlichen.

Meine Damen und Herren,

bundesweit, nach der Zahl von gestern, wieder über 5 Millionen Arbeitslose sind auch weiterhin eine schwere Hypothek für die öffentlichen Haushalte. Der Trend geht auch weiter in eine Richtung, die Anlass zur Besorgnis gibt. Deshalb heißt es weiterhin: Kräftig gegensteuern. Dass der Kreis die Aufgabe Arbeitsförderung auch in den letzten Jahren bereits immer sehr ernst genommen hat, hat immer die Unterstützung der FDP gefunden. Hartz IV war leider auch nicht der große Wurf. Kleine Wohltaten im Sozialbudget mögen zwar möglich sein, sind aber unserer Meinung nach nicht zielführend. In diesem Bereich sind wir leider viel zu sehr vom Wohl und Wehe der bundespolitischen Einflüsse abhängig. Erste große Streits der großen Koalition auf Bundesebene lassen leider auch in Zukunft keine großen Würfe, vielmehr faule Kompromisse erwarten. Wir vor Ort werden auch weiterhin die Suppe auslöffeln dürfen.

Meine Damen und Herren,

wenn überhaupt und solange wir im Kreis noch geringfügig Mittel besitzen, um soziales Engagement im Kreis Borken auch über Pflichtaufgaben hinaus zu fördern, sollten wir dabei auch Fördertatbestände gleich und gerecht auslegen. Dass dies nicht in erneut in eine Pauschalförderung münden darf, halten wir für selbstverständlich.

Im Bereich Jugend und Familie hält die FDP weiter an ihrer Forderung nach mehr Jugend im Kreistag und mehr Jugendförderung fest. Damit wir uns richtig verstehen: Es geht um die grundsätzliche Jugendförderung und nicht um spezielle Projekte wie Real-Care-Babys. Die wissen wir im Rahmen der Arbeit der Verwaltung, besonders des Fachbereichs Jugend, gut aufgehoben. Investitionen in die Jugend rechnen sich und da wir im Kreis immer noch halbwegs gesunde Altersstrukturen haben, sollten wir, wenn überhaupt möglich, am ehesten im Bereich Jugend, Bildung und Familie Geld ausgeben.

Meine Damen und Herren,

die FDP hat in den vergangenen Jahren ausdrücklich den Ansatz der Kreisverwaltung, mit zusätzlichem Personal im Bereich der Jugendhilfe, gerade auf die Kinder und Jugendlichen zuzugehen, die besonders

gefährdet erscheinen oder in zerrütteten Familienverhältnissen leben, unterstützt. Wir glauben, dass das Kreisjugendamt gute Arbeit macht. Wenn es aber auf Kreisebene Bestrebungen gibt, die Jugendamtsarbeit noch näher bei den Jugendlichen und damit auf Gemeindeebene anzusiedeln, sollten wir diese Tendenzen unterstützen. Das habe ich bereits im letzten Jahr hier gesagt. Das Kreisjugendamt sollte hierbei wertvolle Hilfestellungen geben.

Meine Damen und Herren,

Es kann gar nicht oft genug gesagt werden. Ehrenamtliche Arbeit ist für eine demokratische Gesellschaft eminent wichtig. Gerade im Bereich Sport und Kultur sind viele Leistungen versteckt, die ein Kämmerer gerne als freiwillige Leistungen definiert. Dennoch sollten wir auch immer wieder daran denken, wie wichtig diese Leistungen für die Gesellschaft sind. Beispielhaft stellt z.B. die kriminalpräventive Arbeit von Sportvereinen bei Jugendlichen eine nicht zu unterschätzende Leistung dar.

Über das Hamalandmuseum in Vreden haben wir uns an dieser Stelle und in den Fachausschüssen immer wieder gestritten. Für den Kreis entstehen jedes Jahr Kosten von über 400.000 Euro. Da auch die Verwaltung erkannt hat, dass es bei diesem Museum einer Überarbeitung des Konzeptes und einer Steigerung der Attraktivität bedarf, hat man das neben dem Museum befindliche Grundstück gekauft, um dort langfristig einen Anbau zu realisieren. Bisher ist es aber von der Attraktivität des Museums leider so, dass man besser jedem potentiellen Besucher über 20 € in die Hand drücken könnte und ihn wieder wegschickt. Das wäre für den Kreis immer noch die preiswertere Lösung.

Da nämlich das Museum bis jetzt nicht gerade museumspädagogisch als auch von den Besucherzahlen Spitzenränge belegt, fordern wir auch weiterhin eine grundlegend neue Konzeption für das Museum. Hierbei soll der Kostendeckungsgrad und die Attraktivität des Museums deutlich gesteigert werden. Wir glauben, dass das westliche Münsterland nicht so einschläfernd und langweilig ist, wie es in Vreden derzeit im Hamalandmuseum präsentiert wird.

Meine Damen und Herren,

im Bereich Verkehr lassen Sie mich bitte voranschicken, dass wir es auch weiterhin begrüßen, dass der Kreis massiv Geld in die Hand nimmt, um die Kreisstraßen in Ordnung zu halten oder auszubauen. Zur

Schande von Bund und Land ist es im Kreisgebiet mittlerweile so, dass viele Kreisstraßen in einem deutlich besseren Zustand sind, als so manche Bundes- und Landstraßen. Initiativen der Gemeinden, weitere Auffahrten auf die A 31 zu bauen, sollten wir auch von der Kreisebene aus unterstützen.

Meine Damen und Herren,

dies ist meine erste Haushaltsrede ohne Herrn Holzschneider als Sparringspartner. Herr Holzschneider hat viel geleistet für den Kreis Borken. Leider relativieren die während des letzten Jahres explodierenden Müllgebühren etwas das Gold, was in der Vergangenheit so glänzte. Die Entwicklung bleibt zu beobachten. Ich hoffe, dass die Parteien, die immer noch die Kontrollgremien der EGW unter sich aufteilen, gute Argumente haben werden, weitere Gebührenexplosionen zu begründen. Transparenter sind die Entscheidungen jedenfalls leider im letzten Jahr nicht geworden !

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Schluss möchte ich dem Kreiskämmerer und der Verwaltung für die Aufstellung eines unserer Meinung nach soliden Haushaltes danken. Die Chancen des NKF sollten wir konsequent nutzen ! Dies wird eine große Verantwortung sein !

Wir als FDP möchten die Chancen nutzen, die uns die neue Haushaltsführung bietet. Wir möchten mit der Einführung des nicht rückholbaren Pensionsfonds bereits jetzt Verantwortung für die mittelfristige Zukunft übernehmen. Wir sehen den Kreishaushalt 2006 als Einstieg in ein wirtschaftlicheres Denken in diesem Hause.

Wir werden daher dem Kreishaushalt 2006 zustimmen !

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit !